

**Beschlußempfehlung und Bericht**  
**des Ausschusses für Verkehr (14. Ausschuß)**

**zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament**  
**— Drucksache 9/2435 —**

**EntschlieÙung zur Rolle der Häfen in der gemeinsamen Verkehrspolitik**

**A. Problem**

Der Wettbewerb zwischen den Seehäfen der Europäischen Gemeinschaft wird durch unterschiedliche Verkehrsmarktordnungen und durch unterschiedliche steuerliche Belastungen für den Zu- und Ablaufverkehr verzerrt. Die Belange der Seehäfen werden in der europäischen Verkehrspolitik zu wenig berücksichtigt.

**B. Lösung**

Die Wettbewerbsverzerrungen müssen abgebaut werden.

**Einmütigkeit im Ausschuß** (bei einer Stimmenthaltung)

**C. Alternativen**

entfallen

**D. Kosten**

entfallen

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag weist darauf hin, daß die unterschiedlichen Marktregelungen im Binnenverkehr einerseits und im grenzüberschreitenden Verkehr andererseits sowie die Unterschiede bei den spezifischen Transportsteuern die Wettbewerbskonditionen im Hinterlandverkehr der Häfen der Gemeinschaft zu Lasten der deutschen Seehäfen beeinflussen.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, die Deutsche Bundesbahn für das Jahr 1984 für den Seehafenverkehr mit Außenhandelsgütern vom Einzeltarifgenehmigungsverfahren freizustellen und der Deutschen Bundesbahn somit eine größere Preisflexibilität zu ermöglichen.
3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
  - a) alle Maßnahmen zu unternehmen, die geeignet sind, die bestehenden Verzerrungen im Wettbewerb zwischen den Häfen der Gemeinschaft abzubauen und damit die Wettbewerbsposition der deutschen Seehäfen zu verbessern,
  - b) durch Verhandlungen mit dem Straßengüterverkehrsgewerbe und dem Binnenschiffahrtsgewerbe eine optimale Ausnutzung der Möglichkeiten einer flexiblen Tarifgestaltung im Rahmen des bestehenden Ordnungssystems sicherzustellen, damit die Deutsche Bundesbahn nicht allein in die Rolle des Vorreiters gedrängt wird,
  - c) dem Verkehrsausschuß zum 1. Januar 1985 einen Erfahrungsbericht über die Entwicklung des Hinterlandverkehrs der deutschen Seehäfen unter besonderer Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedingungen im Wettbewerb zwischen den Häfen der Gemeinschaft und der flexiblen Handhabung des bestehenden Ordnungssystems für den Binnenverkehr vorzulegen,
  - d) dem Verkehrsausschuß einen Bericht vorzulegen, in dem die Probleme dargestellt und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, mit denen den Wettbewerbsverzerrungen auf nationaler Ebene begegnet werden kann.

Bonn, den 14. März 1984

### **Der Ausschuß für Verkehr**

|                 |                          |
|-----------------|--------------------------|
| <b>Lemmrich</b> | <b>Fischer (Hamburg)</b> |
| Vorsitzender    | Berichterstatler         |

**Bericht des Abgeordneten Fischer (Hamburg)**

Die Entschließung des Europäischen Parlaments in Drucksache 9/2435 wurde durch Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 20. Mai 1983 gemäß § 80 Abs. 3 der Geschäftsordnung dem Ausschuß für Verkehr federführend und dem Wirtschaftsausschuß zur Mitberatung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 14. März 1984 behandelt.

Das Europäische Parlament betont in seiner Entschließung die Notwendigkeit, bei allen Maßnahmen der Verkehrspolitik innerhalb der Gemeinschaft die Rolle der Häfen zu berücksichtigen und einen lauterer von Diskriminierungen freien Wettbewerb zwischen den Häfen sicherzustellen. Der Verkehrsausschuß unterstützt in vollem Umfang diese Forderung des Europäischen Parlaments. Er stellt fest, daß der Wettbewerb zwischen den Rheinmündungshäfen auf der einen Seite und den deutschen Nordseehäfen auf der anderen Seite durch unterschiedliche Verkehrsmarktordnungen für den Zu- und Ablaufverkehr auf Schiene, Straße und Binnenwasserstraße erheblich verzerrt wird. Die deutsche Verkehrsmarktordnung mit ihren Festtarifen

oder Tarifen mit geringen Margen verteuert den Zu- und Ablaufverkehr der deutschen Nordseehäfen und verursacht Verkehrsverlagerungen zu den Rheinmündungshäfen. Ähnliche Wirkungen gehen von den im internationalen Vergleich hohen deutschen Transportsteuern aus.

Der Verkehrsausschuß hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß der Bundesminister für Verkehr die erforderlichen Schritte eingeleitet hat, um die Chancengleichheit für die deutschen Nordseehäfen gegenüber den Rheinmündungshäfen durch konkrete Maßnahmen auf dem Gebiet der Tarifpolitik herzustellen. Der Ausschuß schlägt eine Entschließung vor, durch die die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, diese geplanten Maßnahmen zügig zu realisieren und dem Verkehrsausschuß zum 1. Januar 1985 einen Bericht vorzulegen, in dem die Entwicklung des Hinterlandverkehrs dargestellt und Lösungsmöglichkeiten zum Abbau der Wettbewerbsverzerrungen aufgezeigt werden.

Der mitberatende Wirtschaftsausschuß hat Kenntnisnahme von der Vorlage empfohlen.

Bonn, den 14. März 1984

**Fischer (Hamburg)**

Berichterstatte

